

Stand: 20.04.2026 08:14:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2726

"Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I: Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2726 vom 26.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4331 des BI vom 26.09.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019
4. Beschluss des Plenums 18/4734 vom 12.11.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 12.11.2019



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I: Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sicherzustellen, dass für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der 9. Jahrgangsstufe in Bayern mindestens zwei Unterrichtsstunden in Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft in der Stundentafel vorgesehen sind, um bereits frühzeitig ein Verständnis für politische Systeme, unsere freiheitlich-demokratische Grund- und Werteordnung, sowie Fähigkeiten zur eigenständigen Meinungsbildung und zum aufgeklärten Umgang mit Medieninformationen zu entwickeln.

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) ist zu beauftragen, hierfür realisierbare Konzepte zur Überarbeitung des Lehrplans und der Stundentafel zu entwickeln;

- daran anschließend landesweit Runde Tische mit den Schulfamilien der jeweiligen Schularten mit dem Ziel einzurichten, über die konkrete Umsetzung der vom ISB erarbeiteten Konzepte zu diskutieren;
- in den Planungen der neuen gymnasialen Oberstufe Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft als eigenständiges Fach anzubieten, in dem auch die Abiturprüfung abgelegt werden kann;
- die Lehrpläne so zu gestalten, dass neben dem Fachunterricht genügend große zeitliche Spielräume entstehen, um politische Bildung tatsächlich als schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel umsetzen zu können. Die so entstehenden Freiräume sollen genutzt werden, um tagesaktuelle Geschehnisse behandeln zu können.

Begründung:

Gemäß Art. 131 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung sind Schüler „im Geiste der Demokratie“ zu erziehen. Vor diesem Hintergrund muss die Wertschätzung des Schulfachs politische Bildung mindestens so hoch sein wie für alle anderen Schulfächer. Dies ist derzeit keineswegs der Fall. Es ist nicht hinnehmbar, dass Schülerinnen und Schüler in Bayern Nachteile im Erwerb von politischer und partizipatorischer Kompetenz für die Demokratie haben.

Das Ranking „Politische Bildung 2018“ bescheinigt einen signifikanten Unterschied zwischen den Bundesländern. Bayern gehört erneut zu den Ländern, die unterdurchschnittlich abgeschlossen haben. Aus der Studie geht hervor, dass an bayerischen Gymnasien beispielsweise neunmal mehr Wochenstunden für Geschichte zur Verfügung stehen als für Sozialkunde und achtmal mehr Stunden für den Geografie- als für

den Politikunterricht. Die Vernachlässigung spiegelt sich ebenfalls in der Sekundarstufe I aller Schulformen wider, in der die durchschnittliche Stundentafelquote lediglich bei 0,8 Prozent in Bayern liegt, während der Bundesdurchschnitt auf 2,2 Prozent und Schleswig-Holstein sogar auf 3,9 Prozent kommen. Die Verfasser der Studie kommen zu dem Schluss, dass „von einer bundesweiten Gleichwertigkeit des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf politische Bildung in der Schule keine Rede sein kann.“

Wenn das schulart- und fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel politische Bildung ernsthaft umgesetzt werden soll, müssen die zentralen Fächer Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft nominal gesteigert und aufgewertet werden. Das vom ISB umzusetzende Konzept soll dazu dienen, politische Bildung inhaltlich und personell in Bayerischen Schulen zu stärken und notwendige Freiräume im Lehrplan zu schaffen, um auf tagesaktuelle Ereignisse reagieren zu können.

Das Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler möglichst früh zu mündigen Bürgern am politischen Leben zu erziehen und ihnen aufzuzeigen, wie sie aktiv die Gesellschaft gestalten können. Dies ist die wirkungsvollste Extremismusprävention. Neben den Inhalten und Werten unseres Grundgesetzes und unseres Systems der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird es immer wichtiger, jungen Menschen frühestmöglich den verantwortungsvollen Umgang mit neuen Medien und Fake News zu ermöglichen. Politische Bildung findet derzeit überwiegend in den Abschlussjahrgangstufen statt, in denen Schülerinnen und Schüler sich auf Abschlussprüfungen konzentrieren müssen. Junge Menschen sind nicht zuletzt durch Initiativen wie die „Fridays for Future“-Bewegung für politische Gestaltungswege sensibilisiert. Um ein solides Fundament der Demokratiebildung bereits im jungen Alter anbieten zu können, müssen alle Schülerinnen und Schüler idealerweise in allen Schulformen bis zur 9. Jahrgangsstufe mindestens zwei Wochenstunden Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft erhalten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a.
und Fraktion (FDP)**
Drs. 18/2726

**Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:
Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Matthias Fischbach**
Mitberichterstatterin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 26. September 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Eva Gottstein

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Margit Wild

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe die **Listennummern 4 mit 7** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:

Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln (Drs. 18/2726)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen II:

Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online (Drs. 18/2727)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen III:

Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der

Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen

(Drs. 18/2728)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen IV:

Flexibilisierung der Schülermitverantwortung (Drs. 18/2729)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten.

Der erste Redner ist der Kollege Fischbach für die FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich hat es schon nachdenklich gemacht, als ich mitbekommen habe, dass in einem unserer Nachbarbundesländer die demokratische Mitte keine politische Mehrheit mehr im Parlament hat. Auch wir in Bayern spüren, wie sich das gesellschaftliche Klima verändert hat, wie die Extremen immer mehr gegen Minderheiten hetzen und sich Angehörige von Minderheiten mit immer größerer Sorge in unserem Land bewegen müssen. Die Hetze hat leider eine traurige Konjunktur.

Wir im Bayerischen Landtag bekommen das leider auch immer deutlicher mit. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir eine Renaissance der politischen Kultur und eine Besinnung auf die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung brauchen. Gerade vor dem Hintergrund von aktuellen Phänomenen brauchen wir diese Besinnung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Wenn es um Hate Speech, um Fake News im Netz, aber auch wenn es um antisemitische Verschwörungsmythen usw. geht, die leider immer stärker in diesem Land kursieren, dann brauchen wir das. Die beste Prävention ist politische Bildung. Damit können wir gegen Extremismus am besten vorgehen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein falsches Denken, davon auszugehen, dass man die Schule politikfrei halten könnte, dass man die Schüler davor bewahren könnte, mit Politik konfrontiert zu werden. Zum einen wird es nicht funktionieren, weil Politik unsere ganze Gesellschaft bewegt. Zum anderen ist es eigentlich positiv zu sehen, dass sich viele junge Menschen aktuell politisch interessieren und engagieren. Das ist ein positives Phänomen. Diese Chance sollten wir nutzen und die jungen Menschen aktiv begleiten.

In Bayern sprechen wir viel über das fächerübergreifende Ziel der politischen Bildung. Das müssen wir stärken, indem wir die Lehrkräfte weiter fortbilden und uns auf Artikel 131 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung besinnen, in dem es darum geht, die Kinder im Geiste der Demokratie zu erziehen. Da reicht es eben nicht, dass es ein

paar wenige Fortbildungsplätze in der Akademie in Dillingen gibt. 5.000 Plätze für über 100.000 Lehrer, das ist aus meiner Sicht zu wenig. Das müssen wir stärken. Es reicht auch nicht, und das haben Sie, Frau Eiling-Hütig, auch im Ausschuss angesprochen, dass es nach der LPO I – Lehramtsprüfungsordnung I – Werteerziehung und Wertewandel gibt. Schauen Sie sich doch einmal die konkreten Pläne an, wie das an den Universitäten gelehrt wird. An der FAU kommt das beispielsweise nur als Teil einer Veranstaltung mit zwei Semesterwochenstunden vor. Dann ist das Thema durch. Ich glaube nicht, dass das ausreicht, um die Lehrkräfte auf politische Bildung vorzubereiten.

(Beifall bei der FDP)

Wir können natürlich weiter theoretisch darüber reden. Gehen wir aber doch direkt in die Praxis, lesen wir doch einmal, was kürzlich im "Münchner Merkur" stand. Da wurde der Direktor des Penzberger Gymnasiums zitiert. Ich muss das jetzt wirklich zitieren, weil ich mir die Wortwahl nicht zu eigen machen möchte.

"Die Rahmenbedingungen sind beschissen", sagte Bernhard Kerscher in der Diskussion. Es sei eine tägliche Herausforderung, so der Direktor des Penzberger Gymnasiums, jenseits des Sozialkundeunterrichts politische Bildung zu vermitteln.

So weit der "Münchner Merkur". Diese Realität erleben wir in Bayern. Deswegen fordern wir konkretere weitere Maßnahmen. Wir müssen die Lehrerbildung auch in diesem Bereich stärken. Darüber hinaus sollten wir mit diesem Paket weitere Maßnahmen beschließen, die die Schüler authentischer mit Demokratie in Berührung bringen, beispielsweise Planspiele. Das könnten wir viel aktiver bewerben. Eigentlich sollten wir doch das Ziel haben, dass jeder im Laufe seiner Schullaufbahn die Möglichkeit hat, an so einem politischen Planspiel teilzunehmen. Das ist gelebte Demokratie, so können wir sie direkt vor Ort vermitteln.

Darüber hinaus wollen wir, dass "Politik und Gesellschaft" auch im Abitur wieder als Fach gewählt werden kann, und zwar als eigenständiges Fach und nicht nur in Verbindung mit Geschichte. Wir wollen, dass es bis zur 9. Klasse mindestens zwei Unterrichtsstunden pro Woche gibt, in denen man sich mit Politik und Gesellschaft befassen kann.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Deswegen möchte ich abschließend sagen: Viele andere Bundesländer sind aktuell dabei, ihre Sozialkundestunden nach oben zu fahren, ob das jetzt Rheinland-Pfalz, Sachsen oder Nordrhein-Westfalen ist. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung sollten wir auch in Bayern nachgehen. Ich bitte Sie um Unterstützung. Nur zu argumentieren, es gäbe doch andere Möglichkeiten, das reicht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Nächste Rednerin ist – mit den besten Wünschen zu ihrem heutigen Geburtstag – Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Landtagsvizepräsident Rinderspacher, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie Herr Fischbach richtig festgestellt hat, habe ich schon einiges dazu im Ausschuss gesagt. Deshalb werden sich die Argumente für die im Bildungsausschuss beteiligten Kollegen etwas wiederholen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, Herr Kollege Fischbach, dass Sie in dieser Sache auf dem völlig falschen Dampfer sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Bravo!)

Der Begründung Ihrer Anträge, die wir alle ablehnen werden – aber das werde ich noch erläutern, denn ich habe ja neun Minuten Redezeit –, haben Sie vor allem eine Studie der Universität Bielefeld zugrunde gelegt. Ich zitiere nur zwei, drei Punkte aus dieser Studie, die ihre Qualität schon sehr beleuchten. Auf Seite 11 der Studie steht oben: Im Geschichtsunterricht findet keine politische Bildung statt. – Ich kommentiere das nicht weiter. Der Ländervergleich, der angestrengt wird, bezieht sich auf den Sozialkundeunterricht, und zwar nur auf den Sozialkundeunterricht in der Sekundarstufe I. Aus der Studie ausgenommen werden explizit Gymnasien in Bayern mit sozialwissenschaftlicher Richtung. Hört, hört! – Keine Begründung. Das steht auf Seite 46 der Studie, ich habe sie nämlich gelesen. Nicht geklärt wird von den Autoren, und das ist ein weiterer Kritikpunkt, welche Fächer denn nun gekürzt werden sollen. Dieses Thema wird überhaupt nicht behandelt. Allein diese Punkte, und ich könnte noch mehrere nennen, stellen die Qualität der Studie in Frage.

So, jetzt möchte ich noch ein Thema anfügen: Was ist denn politische Bildung? – Wenn wir über die Stärkung der politischen Bildung an bayerischen Schulen reden, dann sollten wir uns doch vielleicht erst einmal darüber im Klaren sein, was unter politischer Bildung eigentlich zu verstehen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Politische Bildung umfasst nämlich nicht nur Kenntnisse über das Zeitgeschehen. Politische Bildung, das sind Kenntnisse über die Vergangenheit; dazu gehört das Wissen, wie politisches Denken funktioniert – Debatten, Diskurse, Taktiken, Argumentation, Quellenanalysen – und welche organisatorischen Verfahren es gibt. Ferner gehört dazu, wie man Informationen erhält und diese zu beurteilen in der Lage ist. Dazu gehört die Frage: Wahre Information oder Fake News?

Nun die zweite Frage: Wo lerne ich das? – Über die Vergangenheit lerne ich in der Regel etwas im Geschichtsunterricht, der, wie wir gerade gehört haben, keine politische Bildung beinhaltet. Zeitgeschehen behandle ich in Sozialkunde, Geografie, Poli-

tik, Wirtschaft und Recht. Auch das Fach "Wirtschaft und Recht" ist nicht in die Studie eingeflossen. Politisches Denken, mein Gott, wo lernt man das in der Schule? Nirgendwo? – Nein, in Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Politik. Dort lernt man Argumentationstechniken, Debattiertechniken, Quellenanalysen, wie ich schon gesagt habe, Information und Recherche. Eines der wichtigsten Instrumente, die Medienkompetenz, lernt man unter anderem im Deutschunterricht. Die Wertediskussion findet in Religion und Ethik statt. Über nachhaltige Entwicklung lerne ich zum Beispiel etwas im Biologieunterricht. Damit will ich nur sagen: Sie haben Artikel 131 der Bayerischen Verfassung zitiert; den möchte ich auch nennen, denn in dem Artikel 131 der Bayerischen Verfassung und in Artikel 1 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes steht der Auftrag, dass politische Bildung ein Auftrag aller Schulen, Lehrkräfte und aller Fächer ist.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem bekannten Gesamtkonzept für politische Bildung an bayerischen Schulen – – Herr Rinderspacher, Sie sagen mir bitte, wie viel Zeit ich noch habe. Hier ist keine Uhr mehr, das macht einen ganz fickerig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Doch, da vorne auf der Bank in der ersten Reihe.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): – Ach, da vorne. Ach Gott, sogar so eine große! Prima, fünf Minuten reichen mir.

Mit dem Gesamtkonzept für politische Bildung an bayerischen Schulen – ich will schließlich nicht über die Stränge schlagen, ich bin nämlich politisch gebildet – haben wir die beste Unterstützung für die Schulen. Dabei sind die Lehrpläne so gestaltet, dass es ausreichend Freiräume gibt, die es ermöglichen, politische Schwerpunkte zu setzen. Wir haben das Aktualitätsprinzip. Die Qualifikationsphase der Oberstufe an

den Gymnasien, die Sie angesprochen haben, wird derzeit weiterentwickelt. Es wird sehr wohl darüber geredet, und dabei ist unstrittig, dass die grundsätzliche Option besteht, diese Fächer im Abitur zu wählen. Das ist uns klar. Das läuft aber bereits. Die Spiegelstriche der vier Anträge sind zum großen Teil schon erledigt, zumindest aber in Arbeit.

Unter anderem reden Sie auch davon, dass besseres Online-Material angeboten werden soll. Ich nehme mir einzelne Punkte aus den Anträgen heraus. Es gibt Online-Portale, die fortlaufend aktualisiert und ergänzt werden. Ich nehme nur das Online-Portal "politischebildung.schulen.bayern.de". Es unterstützt das ISB – Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung; oder das Portal "historisches-forum.bayern.de", des Weiteren "smv.bayern.de", oder den Service-Teil des LehrplanPlus. Darüber hinaus gibt es ein vielfältiges Veranstaltungs-, Publikations- und Materialangebot der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Deren Online-Auftritt wird aktuell deutlich erweitert.

Die Umsetzung liegt in der Verantwortung der Schulen vor Ort. Sie bemängeln in Ihren Anträgen die fehlenden Planspiele; es liegt in der Natur der Sache, dass ein Landtagsplanspiel nicht in jeder Klasse und zu jedem Zeitpunkt funktionieren kann. Das ist kostentechnisch auch gar nicht machbar. Wir haben aber viele Schulen gesprochen, die Planspiele auf kleinere Gruppen und auf Rollenspiele heruntergebrochen haben. Sie haben verschiedene Aktivitäten, und dafür gibt es von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit noch weitere Planspiele wie beispielsweise: "Ankommen in Europa", "NATO in der Krise", "Bundesratsplanspiel", "Planspiel zur Kommunalpolitik" und viele mehr. Also, auch das haben wir.

Was Ihren dritten Antrag anbelangt, also die Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, vor allem die Öffnung der Kombinationsmöglichkeiten, will ich nur kurz sagen: Politische Bildung und Demokratieerziehung sind bereits fest in der Lehrerbildung verankert, auch in der Lehrerfortbildung. In der ersten Ausbildungsphase werden ethische Grundhaltung und Sensibilisierung für Demokratieerziehung bereits im Rah-

men des erziehungswissenschaftlichen Studiums gelernt. Im Kerncurriculum der LPO I stehen in der allgemeinen Pädagogik zum Beispiel Werteerziehung und Wertewandel, Erziehungsziele, Reflexion und Begründung. Ich muss das im Weiteren zitieren. In der Schulpädagogik heißt es: Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen unter besonderer Berücksichtigung interkultureller Dimensionen. – In der LPO II, also in der Ausbildung im Fachbereich "Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung" während der Referendarzeit, ist das für alle Referendare verpflichtend, unabhängig von ihrer Fächerverbindung.

In der Lehrerfortbildung gibt es ein sehr verlässliches Angebot. Sie haben zwar gerade gesagt, dass Dillingen nicht reicht. Sorry, ich komme aus dem Stimmkreis Starnberg. Wir haben die Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Wenn ich mir dort die Lehrveranstaltungen anschau, dann habe ich nicht den Eindruck, dass die wenig besucht sind, und möchte auch den Lehrern nicht mangelndes Interesse an politischer Bildung in der Fortbildung unterstellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben staatlicherseits neun Schulberatungsstellen, regionale Lehrerfortbildung, lokale Lehrerfortbildung an staatlichen Schulämtern sowie schulinterne Fortbildungen. Wie Sie ganz richtig sagten: Allein im Jahr 2018 gab es, wenn Sie in FIBS – Fortbildung in bayerischen Schulen – unter dem Suchwort "Politische Bildung" schauen, 167 staatliche Fortbildungsveranstaltungen mit insgesamt 5.600 Teilnehmerplätzen in einem Jahr. Sie haben gerade gesagt, 5.600 bei 127.000 Lehrern. Sollen die alle in einem Jahr in diese Fortbildung gehen? – Unsinn! Das muss ich einfach so sagen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Öffnung der Kombination hätte einen ganz großen Nachteil. Für die Studienanfänger würde diese Kombination freigegeben. Das hieße, dass ein Lehrer bei freier Fächerwahl mit Sozialkunde auf jeden Fall auf sein Lehrdeputat käme. Das wird aber nicht gehen, weil wir wenig verantwortungsvoll etwas suggerieren würden, obwohl es

im Hinblick auf die begrenzte Verwendbarkeit gar nicht möglich ist, diese Lehrer alle einzusetzen. Das wäre Studierenden gegenüber eine ziemlich unfaire Geschichte.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt ist Ihre Zeit zu Ende, Frau Dr. Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Oh, darf ich noch einen Satz sagen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Einen noch!

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Der vierte Antrag – – Mein Geburtstagssatz! Ich habe heute Geburtstag!

(Allgemeine Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es darf ein langer Satz sein.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Zum letzten Antrag "Flexibilisierung der Schülermitverantwortung": Artikel 62 Absatz 5 Satz 1 des BayEUG eröffnet zwei Varianten für die Wahl des Schülerausschusses; die Klassensprecher wählen die drei Schülersprecherinnen bzw. Schülersprecher, oder auf Beschluss des Schulforums kann die Wahl durch alle Schülerinnen und Schüler der Schule erfolgen; das haben wir bereits; ich habe mich wirklich sehr gewundert, dass Sie gerade den letzten Antrag noch hochgezogen haben; es tut mir leid.

(Alexander König (CSU): Das war jetzt ein Satz mit vier Strichpunkten!)

– Da sind fünf Semikola dazwischen. – Es tut mir wirklich leid, aber wir können diese Anträge aus genau den genannten Gründen nicht mittragen. Sie sind abzulehnen. Wenn Sie sagen, dass dieser Direktor sagt, es ist beschissen an den Schulen – ich bin an Schulen, wo es nicht beschissen ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war ein verdammt langer Satz. – Frau Kollegin Gabriele Triebel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem letzten Jahr sehen wir eine ganz neue Jugendbewegung auf unseren Straßen. Jugendliche demonstrieren für ihre Zukunft, Jugendliche politisieren sich. Die Shell Jugendstudie 2019 belegt, dass die Jugendlichen an die Demokratie glauben, aber wenig Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker und in die politischen Institutionen haben. Diese Tatsache alleine muss uns genug Auftrag sein – –

(Allgemeine Unruhe)

Dürfte ich um etwas Ruhe bitten!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ein bisschen Ruhe, bitte! – Frau Triebel, Sie haben das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Diese Tatsache alleine muss uns genug Auftrag sein, um endlich der politischen und demokratischen Bildung an unseren Schulen den Stellenwert einzuräumen, den die Bayerischen Verfassung vorsieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Demokrat oder Demokratin wird man nicht geboren. Man muss Demokratie erleben und erlernen können. Die Schule muss da viel stärker als bisher bilden. Deshalb haben wir GRÜNE uns in diesem Parlament nicht nur einmal für die Stärkung der demokratischen und politischen Bildung eingesetzt. Wir begrüßen es, dass Sie von der FDP sich nun in die Reihe der Förderer dieser Bildung begeben. Deshalb werden wir den Anträgen zustimmen, die inhaltlich mit den unsrigen von 2016 deckungsgleich sind.

Aber, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen hier nicht nur an die Schule denken. Es gibt auch außerhalb der Schule wichtige Erfahrungs- und Bildung-

sorte. Deshalb fordern wir darüber hinaus eine bessere finanzielle Ausstattung der außerschulischen Akteure wie zum Beispiel des Bayerischen Jugendrings.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Kernforderung ist und bleibt aber, dass die demokratische und politische Bildung bereits in der achten Klasse beginnt, und zwar an allen Schulen, zweistündig und durchgängig bis zum Abschluss.

Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, haben im Zuge der FDP-Initiative eingebracht, dass das Fach Sozialkunde in "Politik und Gesellschaft" umbenannt wird. Bislang galt das Wort "Politik" als ein Unwort an den Schulen. Deswegen begrüßen wir, dass jetzt "Politik" an den Schulen Einzug hält. Liebe FREIE WÄHLER, sorgen Sie in der Regierungskoalition dafür, dass diese neue Bezeichnung nicht nur eine Worthülse bleibt, sondern nun auch mehr Gewicht bekommt, mehr Gewicht und mehr Raum und damit mehr Zeit; denn wir stehen gerade mit der Digitalisierung neuen zusätzlichen Herausforderungen gegenüber. Hier geht es nicht um das Arbeiten mit digitalen Geräten oder um das Programmieren. Hier geht es um kritisches Begleiten und analytisches Denken. Es geht nicht weniger darum, die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Demokratie zu verstehen. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen die Tatsachen einordnen können und hinterfragen können, dass die Informationshoheit im Netz in den Händen von wenigen kommerziellen Konzernen liegt.

Es geht aber auch darum, mithilfe der Digitalisierung demokratische Prozesse an der Schule zu ermöglichen. Bereits jetzt gibt es innovative Beteiligungskonzepte, die Jugendlichen an den Schulen aktive Mitbestimmung im Alltag ermöglichen. Mithilfe zum Beispiel einer Online-Plattform und natürlich bei didaktischer Begleitung können demokratische Praktiken und Kompetenzen gefördert und erlernt werden. Hier wird mediale Bildung mit politischer Bildung vereinigt und unterstützt die Grundlagen für eine mündige politische Beteiligung in einer digitalisierten Welt.

Lassen Sie unsere Schulen also zu Orten für mehr Mitbestimmung und Teilhabe werden! Wir brauchen in unserer bewegten und digitalen Welt mündige Bürgerinnen und Bürger, die unsere Demokratie jeden Tag leben und für unsere Demokratie und Freiheit einstehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Triebel. – Das Wort hat Frau Kollegin Eva Gottstein für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine ganz einfache Frage am Anfang: Was unterscheidet den Menschen vom Tier? – Der Mensch ist – meistens jedenfalls – lernfähig, mal mehr, mal weniger, aber der Mensch ist lernfähig. Wie lernt der Mensch? – Er lernt durch Erfahrung – manchmal etwas schmerzhaft –, er lernt durch Nachahmung, und er lernt durch Vermittlung. Je komplexer und vernetzter Handlungsweisen sind, desto wichtiger ist es natürlich, diese drei Lehr- und Lernformen miteinander zu verbinden. Wenn man nur bei der bloßen Wissensvermittlung bleibt, hat man es nicht mit nachhaltigem Lernen zu tun. Der Mensch muss Erfahrungen machen, muss ausprobieren und erleben. Erst dann hat er gelernt.

Damit sind wir beim Antragspaket der FDP. – Wie werde ich politisch gebildet? – Die Griechen, die Römer, unser Immanuel Kant haben sich daran abgearbeitet. Ich nenne nur das Stichwort "mündiger Bürger".

Wir dürfen nicht vergessen, was die Kollegin Ute Eiling-Hütig sehr gut herausgearbeitet hat; sie hat dazu aber auch mehr Zeit gehabt. Sie hat hervorragend betont, dass politische Bildung, Demokratie und Werteerziehung eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe sind. Das vernachlässigt dieses Antragspaket völlig. Man kann das doch nicht nur auf ein Leitfach "Sozialkunde" oder "Politik und Gesellschaft" beschränken.

Politische Bildung ist schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel. Auch das ist gut erklärt worden. Das betrifft Erdkunde, Geschichte und Deutsch. Herr Kollege, irgendwie sind Schiller und Nathan der Weise an Ihnen vorbeigegangen. Das ist doch politische Bildung. Hier lernen wir doch im Unterricht sogar die Grundpfeiler der Demokratie. Bei diesen Fächern steht Politik nicht im Namen, sie sind aber Politik pur.

(Widerspruch bei der FDP)

– Aber ja!

Natürlich muss politische Bildung als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsgegenstand gelebt werden. Das geschieht. Wir fordern das natürlich auch weiterhin. Aber nicht mit solchen Anträgen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für uns FREIE WÄHLER war es immer wichtig, gelebte Demokratie an den Schulen zu fördern und auszubauen. Wir waren mit die Ersten, die Service-Lernen gefordert haben, also Lernen durch Engagement an der Schule. Wir haben immer wieder die Festigung von echter Teilhabe und von Mitbestimmungsstrukturen gefordert. Wir sind deswegen stolz darauf, dass wir in diesem Haushalt die Erhöhung der Mittel für Kosten der Schülermitverantwortung erreicht haben. Wir haben auch jetzt gerade – das ist im zuständigen Ausschuss bereits beschlossen worden – ein Antragspaket "Demokratie mitdenken und mitgestalten" vorgestellt, durch das wir Schülerparlamente fordern, die Stärkung gelebter Demokratie erreichen, die SMV stärken und auch in der Grundschule schon Demokratieförderung erreichen wollen.

Wir sind deswegen nicht der Meinung, dass es zielführend sei, was die FDP hier will. Der erste Fehler besteht in einer Öffnung der Studentafel. Dazu muss ich, wie schon im Ausschuss, sagen: Herr Fischbach, dann sagen Sie bitte, was Sie streichen wollen. Oder sagen Sie ganz klar, dass Sie eine Erhöhung der 30-Stunden-Woche mit allen

Konsequenzen wie Nachmittagsunterricht und anderen Schulbuszeiten für die Kommunen wollen. Oder sagen Sie ganz klar, Geschichte, Religion, Deutsch oder Mathe streichen zu wollen. Denn irgendwo muss das, was Sie fordern, herkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der zweite Fehler ist vielleicht Ihrer Jugend oder Unerfahrenheit geschuldet.

(Zurufe von der FDP: Oje!)

Sie beschränken das Thema auf den Fachunterricht und meinen – wenn Sie das wirklich meinen, bedaure ich Sie –, politische Bildung entstehe dadurch, dass man ein Stündlein mehr hätte. Das ist nicht der Fall.

(Matthias Fischbach (FDP): Dann haben Sie die Anträge nicht genau gelesen!)

Sie verkennen die Praxis auch bezüglich der Fortbildung der Lehrer.

Uns als FREIE WÄHLER stört ferner, dass Sie sich im Prinzip auf Vorgaben und Vorschriften fokussieren. Für uns funktioniert Schule durch Freiräume und durch Eigenverantwortlichkeit. Ihre Anträge sind praxisfern und nicht zielführend. Deswegen lehnen wir sie ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Gottstein. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, Sie müssen mir ein bisschen auf die Sprünge helfen. Ich habe schon angedeutet, dass alle vier Anträge im Antragspaket der FDP eigentlich inhaltlich deckungsgleich mit unserem Antragspaket von 2016 sind. 2016 haben Sie in Person des jetzigen Ministers all dem zugestimmt. Woher kommt jetzt auf einmal diese krasse Ablehnung?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Da waren wir vielleicht etwas gnädiger. Inzwischen wissen wir, was wir konkret fordern: nachhaltige Bildung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Gottstein. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bayerbach für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Demokratie und Schule stärken – das kann man nicht isoliert sehen. Frau Dr. Eiling-Hütig hat sehr viel über die rechtlichen Dinge gesagt. Ich möchte das nicht alles wiederholen.

Frau Gottstein, anscheinend ist mein Hund ein Mensch. Der kann auch lernen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ihren Einleitungssatz würde ich so nicht unterschreiben. Ich unterschreibe aber, dass man politische Bildung nicht so lernen kann wie Mathe, Deutsch oder Erdkunde. Man muss sie erleben.

Die politische Bildung ist im bayerischen Schulsystem sehr breit und fächerübergreifend aufgestellt. Wir haben vielfältige Möglichkeiten von der SMV über das Besichtigen der KZ-Gedenkstätte in Dachau bis hin zur Beteiligung an der Schulfamilie. Es ist nicht so, dass wir politische Bildung nicht leben würden.

Frau Triebel, Sie haben ganz zart und ein bisschen mutlos angeschnitten, dass das Problem unserer Kinder doch ein ganz anderes ist. Wir haben ein gesellschaftliches Problem. Ich kann aus pädagogischer Sicht versuchen, etwas zu unterrichten; wenn

ich die Kinder aber nicht begeistern kann und die Kinder das nicht vorgelebt bekommen, wird es halt einfach schwierig.

Ich kann Ihnen sagen, woran es liegt, dass Umfragen zufolge die Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa rapide sinkt und Deutschland dabei ganz großer Spitzenreiter ist. Unsere Kinder haben – das ist nicht einmal ein Vorwurf, sondern einfach eine Situationsbeschreibung – durch die GroKo über einen langen Zeitraum hinweg nie erlebt, dass Demokratie eigentlich vom Wechsel lebt. Die Kinder haben nie erlebt, dass es eine starke Opposition geben kann, die auch wirklich etwas erreichen kann. Genau diese Erfahrung fehlt unseren Kindern. Entschuldigung, wenn ich das so sage: Sie erleben ein politisches Dahinsiechen des Bundestags.

(Beifall bei der AfD)

Dazu kommen dann so nette Sachen: Die AfD und die Linkspartei werden ausgegrenzt. Die FDP verweigert sich der Regierungsbeteiligung. Die GroKo braucht 200 Tage, um die Posten auszuschachern. – Das alles ist nicht gerade als Vorbild dafür geeignet, dass Kinder und Jugendliche Begeisterung für die Demokratie entwickeln.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben noch nie unterrichtet, oder?)

– Doch, ich habe unterrichtet.

Für mich ist Folgendes eines der massiven Hauptprobleme an den Schulen – das hört man, wenn man mit den Schülern redet –, und die Allensbach-Studie hat es Ihnen letzte Woche doch um die Ohren gehauen: 80 % der Deutschen trauen sich in der Öffentlichkeit nicht mehr zu sagen, was sie denken. Diese Zahlen sind – ich habe das nachgegoogelt – schlimmer als die seinerzeit in der DDR. Darüber sollten wir alle einmal ernsthaft nachdenken.

Wenn die Lösung politischer Probleme nur darin besteht, sie mit Political Correctness totzuschweigen und sie nicht mehr benennen zu dürfen, dann wird es echt schwierig. Bei 80 % der Bevölkerung handelt es sich nicht nur um AfD-Wähler; ganz so stark sind wir nicht. Das sind auch Ihre Wähler. Überlegen Sie mal, warum sich diese in der Öffentlichkeit nicht mehr zu sagen trauen, was sie denken. Ich finde das mehr als erschreckend.

(Beifall bei der AfD)

Die Allensbach-Studie hat doch genau gesagt, über welche Themen man sich überhaupt nicht mehr zu reden traut: Flüchtlingspolitik, Ausländer und Islam. Glauben Sie mir, die Angst kommt definitiv nicht aus der rechten Ecke. Sie können sich überlegen, woher die Angst dann kommt.

Demokratie lebt schlicht von Wahlmöglichkeiten, auch in der Schule. Deswegen wird es wichtig, dass wir in der Schule – natürlich immer im vernünftigen Rahmen – wieder lernen, Demokratie wirklich zu leben. Es ist auch wichtig, dass wir als Politiker das vorleben. Das geht nicht, indem wir alle Probleme totsichweigen. Das geht nicht dadurch, dass wir uns nichts mehr zu sagen trauen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ist die AfD ein Vorbild?)

Ich bin kein Fan von Macron.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Bayerbach, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Markus Bayerbach (AfD): – Ein Satz noch. – Ich bin kein Fan von Macron. Aber die heutige Äußerung, in der er die NATO als hirntot bezeichnet hat, wäre in Deutschland unmöglich. Ich finde das nicht gut. Er ist aber einer Ihrer Freunde, und er verwendet solche Worte.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke Herr Bayerbach. – Als heute offensichtlich letzte Rednerin hat Frau Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion das Wort.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, man darf die Probleme benennen und darüber reden, aber man darf nicht zündeln, und man darf nicht Hass schüren, Herr Kollege Bayerbach.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich finde, dass die Stärkung der politischen Bildung, wie es von der FDP eingebracht worden ist, thematisiert werden muss, wenngleich ich als Sozialdemokratin sage: Wir haben uns dieses Themas schon immer angenommen, wir haben es immer sehr ernst genommen. In der Tat sind Ihre Anträge teilweise oberflächlich und weisen Defizite auf.

Politische Bildung war und ist immer wichtig. Gerade in der heutigen Zeit ist sie wichtig, wenn man an die vielen populistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Äußerungen denkt. Hass und Hetze sind eine klare Gegenhaltung und Werteerziehung an unseren Schulen und damit in unserer Gesellschaft entgegenzustellen. Das, was passiert, muss uns beunruhigen, und darum müssen wir handeln.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Schulen sind wichtige Lebens- und Lernorte für unsere Kinder und Jugendlichen. Wir als verantwortliche Politikerinnen und Politiker müssen überlegen, was die Schülerinnen und Schüler lernen, was sie üben und entwickeln müssen, um in der demokratischen Gesellschaft mitwirken und für demokratische Werte eintreten zu können. Das ist die Frage.

Frau Kollegin Dr. Strohmayr hat es ausgeführt: Es gibt große Disparitäten an unseren Schulen. Wenn man einen Gymnasiasten fragt, wie gebildet er sich in Politik fühlt, wird er natürlich mit "sehr gut" antworten. Fragen Sie einmal einen Berufsschüler; er wird

Ihnen etwas ganz anderes sagen. Fragen Sie vielleicht jemanden an einer Förderschule, kommt vielleicht noch mal etwas anderes heraus. Deshalb muss es unser großes Anliegen sein, uns diesen Disparitäten zu stellen und sie aufzuheben.

Welche Lernfelder gilt es in der Schule aufzumachen, um die Themen der Gesellschaft aufzugreifen? – Ich habe in dem Zusammenhang schöne Überschriften gelesen, die ich gut finde: Demokratie stärken durch Bildung. Das bedeutet starke Kitas, starke Schulen und in der Folge eine starke Gesellschaft.

Worum geht es bei der politischen Bildung? – Natürlich geht es um Wissensvermittlung, aber auch um praktisches Erleben und um Partizipation. Dafür braucht man Zeit; denn die politische Bildung muss nachhaltig wirken. Sie darf kein punktuell erlebnis oder Ereignis sein. Sie schlagen dafür einen Umfang von zwei Stunden vor. Dazu muss ich sagen: Die zwei Stunden allein machen es nicht aus. Sie sagen auch nicht, in welchem Fach dafür Stunden wegfallen sollen. Politische Bildung und die Demokratieverziehung hängen nicht an einem bestimmten Unterrichtsfach, sondern sie sind ein Querschnittsthema in Sozialkunde, Geschichte, Deutsch – vielleicht sind Sie jetzt etwas irritiert – und auch in Biologie, denkt man an Themen wie Sexualität und Diversität.

Die politische Bildung muss natürlich zuallererst in eine demokratische Schule eingebettet sein. Dazu gehört eine aktive SMV mit Kompetenzen und mit einem Budget. Die Planspiele des Landtags sind wirklich hervorragend, weil sie eine gute Möglichkeit bieten nachzuvollziehen, wie Gesetze entstehen.

Ich halte es für ganz bedeutsam, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen darin stärken, diskussionsfähig zu werden, ihre Meinung äußern zu können, ihre Sprache zu nutzen und argumentieren zu können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Wild!

Margit Wild (SPD): Last, but not least ist es in dem Zusammenhang außerordentlich wichtig, auch den Kontakt vor Ort mit entsprechenden Politikerinnen und Politikern zu suchen.

Die Lehrkräfte – das wurde auch schon angesprochen – sind die Hauptakteure. Demzufolge müssen wir das Augenmerk darauf richten, dass sie ein gutes Rüstzeug haben, damit sie in den Fragen, die die Gesellschaft stellt und die sie mit den Kindern und Jugendlichen thematisieren, fit sind und gut argumentieren können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Wild. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir haben jetzt 18:04 Uhr. Damit findet die Abstimmung zum Antragspaket der FDP in der nächsten Plenarsitzung statt, weil zur Vollsitzung bis 18 Uhr eingeladen ist.

Ich gebe auch bekannt, dass die Listenummer 14 der Anlage zur Tagesordnung, der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Böhm, Prof. Dr. Hahn, Klingen und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Europäischen Sozialfonds abwickeln – Zentralisierung stoppen!", Drucksache 18/3067, gleichermaßen in der nächsten Plenarsitzung beraten und abgestimmt wird.

Damit haben wir für heute alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:04 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/2726, 18/4331

**Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:
Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Jetzt komme ich zu **Tagesordnungspunkt 4:**

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:

Anpassung der Lehrpläne und Studentafeln ([Drs. 18/2726](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen II:

Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online ([Drs. 18/2727](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen III:

Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der

Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen

([Drs. 18/2728](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen IV:

Flexibilisierung der Schülermitverantwortung ([Drs. 18/2729](#))

Die Aussprache zu diesen Anträgen hat bereits in der vorherigen Sitzung am 7. November stattgefunden. Offen ist noch die Abstimmung hierüber.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt alle Anträge zur Ablehnung. Auf Wunsch der FDP-Fraktion soll über jeden Antrag einzeln abgestimmt werden.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2726 betreffend "Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2727 betreffend "Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2728 betreffend "Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gleiche Abstimmungsverhalten wie zuvor: GRÜNE, SPD und FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Stimmenthaltungen? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten und drei Abgeordnete der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2729 betreffend "Flexibilisierung der Schülermitverantwortung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind erneut die GRÜNEN, die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen! – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Das heißt, der Antrag ist abgelehnt.